

■ Austritt mit ungewissen Folgen

Wie die Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und der EU nach dem Brexit aussehen wird, ist noch unklar – auch was Forschung und Hochschulen angeht.

Ein halbes Jahr nach der Volksabstimmung zum EU-Austritt Großbritanniens gibt es viele Versprechungen und Forderungen – eine Strategie der Regierung ist aber noch nicht erkennbar. Mitte November hat das „Science and Technology Committee“ des britischen Unterhauses in einem viel beachteten Bericht für alle in Großbritannien tätigen Wissenschaftler aus dem EU-Ausland eine klare Bleibegarantie für die Zeit nach dem Brexit verlangt. Das hatte bereits kurz nach dem Brexit-Votum die Royal Society gefordert, die auch verlangte, dass die britische Regierung wegfallende EU-Gelder vollständig ersetzen müsse.¹⁾

Nach Angaben der Royal Society sind im Land ca. 31 000 EU-Ausländer in Wissenschaft und Forschung tätig. 15 Prozent des akademischen Personals an den Universitäten stammt aus der EU – der britische Wissenschaftsbetrieb wäre ohne diese Fachkräfte kaum aufrechtzuerhalten. Der Unterhaus-Ausschuss empfahl daher, einen „Chief Science Adviser“ als Stimme der Wissenschaft für die Ausstiegsverhandlungen in das neue „Brexit-Ministerium“ zu berufen. „Die Unsicherheit über den Brexit bedroht einige der internationalen wissenschaftlichen Kollaborationen des Vereinigten Königreichs“, betonte der Ausschussvorsitzende, der Konservative Stephen Metcalfe. 2015 arbeiteten rund 700 britische Institutionen direkt mit EU-Partnern zusammen.

Schwierigkeiten sind auch bei der Forschungsfinanzierung zu befürchten. Die EU kam über das Forschungsrahmenprogramm Horizon 2020 bisher für etwa 16 Prozent des Etats der britischen Universitäten auf. Die beiden Brexit-Gegner Schatzkanzler Philip Hammond und Wissenschaftsminister Jo Johnson forderten britische Universitäten und Firmen auf, sich weiter auf Horizon 2020-Ausschreibungen zu bewerben. Sie verspra-



Fotolia / Delphostock

chen, nach dem Brexit die Fördergelder aus eigenen Mitteln auszu zahlen. Premierministerin Theresa May kündigte auf einer Tagung des britischen Industriellenverbands an, bis 2020 jährlich zwei Milliarden Pfund zusätzlich für Forschung und Entwicklung ausgeben zu wollen, was Hammond bestätigte. Allerdings ist noch nicht klar, wie dieses Geld zwischen Industrieförderung und Grundlagenforschung aufgeteilt werden soll. Zudem ist diese Finanzierung nur durch massive Kredite möglich, die das immer noch stark von der Finanzkrise betroffene Land zusätzlich belasten würden.

Studierenden aus der EU sicherte die britische Regierung zu, dass sie bis zum Studienjahr 2017/18 Fördergelder wie inländische Studienbewerber beantragen dürfen und eine Zusage auch nach dem Brexit weiter gelten soll. Dennoch sind nach ersten Angaben die ausländischen Bewerbungen auf Studienplätze in England für 2017 um neun Prozent zurückgegangen. Ein Vorgeschmack auf künftige Probleme sind die Unstimmigkeiten zwischen der Schweiz und der EU nach der schweizerischen Anti-Einwanderungs-Volksabstimmung im Februar 2014.²⁾ Seitdem ist die Schweiz vom Erasmus-Programm ausgeschlossen und droht, ihren Status

als bevorzugtes Nicht-EU-Mitglied bei Horizon 2020 zu verlieren, wenn die Freizügigkeit für alle EU-Bürger nicht wiederhergestellt wird.

Den Zick-Zack-Kurs der britischen Regierung illustriert die Diskussion um das vor drei Jahren eingeführte „EU-Patent mit einheitlicher Wirkung“. Die zuständige Staatsministerin, Baroness Neville Rolfe, erklärte überraschend, dass Großbritannien die bei der Einführung des EU-Patents beschlossene Einrichtung eines „Einheitlichen Patentgerichts“ mit Sitzen in Paris, München, London und Luxemburg ratifizieren werde – mit dem Hinweis, dass es sich dabei nicht um eine EU-Institution handele.

Anfang Dezember bekräftigte die deutsche Hochschulrektorenkonferenz gemeinsam mit ihrer britischen Partnerorganisation Universities UK, dass sie die engen wissenschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien auch nach dem Brexit pflegen wollen. Damit dies gelingen könne, müsse die britische Regierung ihre Versprechen zu Fördermitteln und Studierendenaustausch aufrecht erhalten. Man darf gespannt sein, wie sich die Lage bis März 2017 entwickelt. Dann sollen die maximal zwei Jahre dauernden Ausstiegsverhandlungen beginnen.

Matthias Delbrück

1) Physik Journal, August/September 2016, S. 12

2) Physik Journal, Mai 2014, S. 11